

In Nordafrika droht ein neuer Krieg

Gunther Hilliges
über die West-Sahara

Als der Europäische Rat beschloss, gegen das Westsahara-Urteil des EUGH vom 16. 12. 2015 Revision einzulegen, wurde er dabei ausdrücklich von fünf Staaten unterstützt. Frankreich, Spanien und Deutschland gehörten dazu. Es ging bei der Klage der Frente Polisario um einen EU-Marokko-Handelsvertrag, der die ehemalige spanische Kolonie Westsahara (WS) mit einbezog und deshalb vom EUGH für nichtig erklärt wurde.

Mit der gründlichen Revisionsentscheidung des EUGH vom 21. 12. 16 haben die Freunde Marokkos sicher nicht gerechnet. Das Liberalisierungsabkommen zwischen

der EU und Marokko von 2012, das den Handel mit landwirtschaftlichen Erzeugnissen, Fisch und Fischerzeugnissen regelt, stand nun auf dem Prüfstand und fiel durch. Marokko behandelt die besetzten Gebiete als seine Südprowinzen und verstößt damit gegen die durch die Charta der UN den entkolonialisierten Völkern eingeräumten, unveräußerlichen Selbstbestimmungsrechte. Zusätzlich bezieht sich der EUGH auf das Gutachten des Internationalen Gerichtshofs, der im Auftrag der Generalversammlung bereits 1975 feststellte, dass die ehemalige spanische Kolonie nie Teil Marokkos war.

Mit diesen klaren Feststellungen des EUGH wird auch denen in Politik und Wirtschaft widersprochen, die immer noch von der „ungeklärten rechtlichen Situation der WS“ sprechen. Den Sahrauis wird das 1991 von der UNO zugesagte Referendum nach Namibia-Vorbild bis heute

verweigert. Die dafür von der UNO eingesetzte Friedenstruppe MINURSO sollte dieses Referendum bereits 1992 durchführen. Bis heute blockiert Marokko dies und wird dabei aus unterschiedlichen Gründen von verschiedenen europäischen Staaten unterstützt. Deutschland gibt sich neutral und verweist auf die UNO, in der wiederum Kräfte wirken, die das Referendum verhindern. Bischof Tutu aus Südafrika unterstützte die letzte WS-Konferenz mit den Worten: „Neutralität im Unrecht schadet dem Opfer und hilft dem Verbrecher.“

Letztlich geht das Elend der 160 000 Flüchtlinge im Südwesten Algeriens und der Sahrauis in den besetzten Gebieten auf die Überlassung der spanische Kolonie 1975 durch General Franco an Marokko und Mauretanien zurück. Es begann ein 16-jähriger Befreiungskrieg der Polisario gegen die Besatzung, der in den Waffen-

stillstand 1991 mit der Zusage des Referendums mündete. Erstmals hat nun der spanische König Felipe V. das Schweigen Spaniens gebrochen und sich für das Selbstbestimmungsrecht der Sahrauis in der UNO ausgesprochen. Die Opfer dieses Konflikts werden Hoffnung schöpfen. Noch kann es gelingen, einen neuen Krieg in Nordafrika zu verhindern.



Unser Gastautor war Senatsrat in Bremen und Leiter des Landesamtes für Entwicklungszusammenarbeit. Er ist Mitgründer und Vorstand im Verein „Freiheit für die Westsahara“ sowie in einigen Bremer Projekten aktiv.

Namentlich gekennzeichnete Kommentare geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder.